



06.03.2017

von

Kurzgefasst

Carsten Klude, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschafts- und Währungspolitik des Bankenverbandes und Chefvolkswirt von M.M. Warburg, im Interview mit dem Tagesspiegel zur Konjunkturprognose des Bankenverbandes.

Schlagworte

Konjunkturprognose
Wirtschaftswachstum
Verbraucher

Wirtschaft
Brexit
Konjunktur
Geldpolitik
Konjunkturprognose
Frühjahr 2017
Eurozone
EZB

Carsten Klude, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschafts- und Währungspolitik des Bankenverbandes und Chefvolkswirt von M.M. Warburg

Klude: Die ökonomischen Daten geben Grund zum Optimismus

6. März 2017

Interview mit Carsten Klude im Tagesspiegel

Herr Klude, die deutsche Wirtschaft wächst bislang ganz ordentlich. Kann es so weitergehen - trotz Trump, Brexit und Wahlen?

Ja, wir gehen davon aus, dass sich die positive Entwicklung fortsetzt. Gleichzeitig gibt es aber natürlich eine Menge politischer Risiken, was die Prognose erschwert. Unklar ist, wie sich

Blog

die Dinge in den USA tatsächlich entwickeln oder wie sich die Brexit-Verhandlungen gestalten. Auch ist nicht absehbar, wie in diesem Jahr die Wahlen in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und womöglich auch noch in Italien ausgehen. Schauen wir rein die ökonomischen Daten an, haben wir durchaus Grund, optimistisch zu sein. Die Stimmung der Verbraucher ist gut, die Arbeitslosigkeit gering. Deshalb gehen wir davon aus, dass die deutsche Wirtschaft auch in diesem Jahr um 1,7 Prozent wächst – wegen einer geringeren Anzahl von Arbeitstage wird die nicht-kalenderbereinigte Wachstumsrate allerdings nur bei bei 1,4 Prozent liegen.

Wie kommt es, dass sich die Wirtschaft trotz all der Unsicherheiten so gut entwickelt?

In vielen Länder hat sich die Wirtschaft zuletzt von der Politik abgekoppelt. Schauen Sie sich das letzte Jahr an. Der Brexit, die Trump-Wahl, das Italien-Referendum: Jedes dieser Ereignisse hätte für sich genommen das Wirtschaftswachstum bremsen können. Passiert ist das aber nicht. Trotzdem sollten wir jetzt aber nicht davon ausgehen, dass es deshalb immer so weiter geht. Die politischen Unsicherheiten muss man ernst nehmen.

Was wäre das Worst-Case-Szenario?

Entscheidend für die Euro-Zone ist insbesondere, wie die Präsidentschaftswahlen in Frankreich ausgehen. Frankreich ist schließlich die zweitgrößte Volkswirtschaft in der Währungszone und noch dazu wirtschaftlich wie politisch ein sehr wichtiger Partner Deutschlands. Im schlimmsten Fall könnte der Front National gewinnen. Würde dann die Ankündigung umgesetzt, dass Frankreich aus der Euro-Zone austritt, könnte das für die gesamte Europäische Union unkalkulierbare Folgen haben. Von dieser Entwicklung gehen wir derzeit aber nicht aus.

Was ist realistischer?

Wir glauben, dass es keine neue Euro-Krise gibt, sondern dass auch im Währungsraum die Wirtschaft mit einem Plus von 1,5 Prozent weiterhin solide wachsen wird. Auffällig ist allerdings, dass sich die einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich entwickeln. Auf der einen Seite gibt es Länder mit einem sehr ordentlichen Wachstum wie Deutschland, die Niederlande, Österreich, aber auch die beiden einstigen Krisenstaaten Spanien und Irland. Auf der anderen Seite stehen Länder, die nicht so stark wachsen – etwa Italien und Frankreich. Auch Portugal und Griechenland haben noch lange nicht so viele Reformen umgesetzt, wie es aus ökonomischer Sicht wünschenswert wäre.

Glauben Sie, dass sich die Länder der Euro-Zone wirtschaftlich nochmal wieder stärker annähern werden?

Ich bin da eigentlich ganz zuversichtlich. In Frankreich haben sich die Frühindikatoren zuletzt bereits verbessert, auch die Arbeitslosigkeit ist etwas zurückgegangen. Das sind positive

Blog

Signale. Viel hängt aber von der Politik in den Einzelstaaten ab. Bislang haben sich viele Euro-Länder zu stark auf die Europäische Zentralbank (EZB) verlassen, die die Wirtschaft mit ihrer expansiven Geldpolitik stützt. Da sind teilweise dringend notwendige Strukturreformen auf die viel zu lange Bank geschoben worden.

Ist die expansive Geldpolitik denn immer noch nötig?

Die EZB ist natürlich nicht allein für einzelne Staaten zuständig, sondern muss die Euro-Zone als Ganzes betrachten. Doch nicht nur für uns Deutsche, für die gesamte Euro-Zone ist die extrem lockere Geldpolitik in ihren jetzigen Umfängen inzwischen nicht mehr angemessen. Deshalb wäre die EZB gut beraten, nun ein klares Signal zu senden, dass sie auf absehbare Zeit die expansive Geldpolitik langsam zurückfahren wird.

Davon ist bei der EZB bislang aber noch keine Rede. Besteht die Gefahr, dass die Zentralbank zu lange zögert?

Ja, das kann passieren. Zuma! Je länger die EZB an der expansiven Geldpolitik festhält, desto größer wird die Gefahr, dass Anleger Risiken eingehen, die sie nicht eingehen sollten – denn die Risikobepreisung ist ja durch das derzeitige Zinsniveau stark verzerrt. Das kann die Finanzmarktstabilität gefährden. Gleichzeitig kann die EZB auch nicht von heute auf morgen den Schalter umlegen und aus der lockeren Geldpolitik aussteigen. Denn das würde nicht nur am Aktienmarkt Chaos auslösen.

Welches Risiko geht für die wirtschaftliche Entwicklung vom Brexit aus?

Nach dem Referendum haben viele zunächst angenommen, dass man schnell Folgen sehen und die britische Wirtschaft einbrechen wird. Das ist nicht passiert. Gleichzeitig darf man daraus aber nicht auf die Zukunft schließen. Das Land hat nun zwei Jahre Zeit, die Konditionen für den Austritt aus der EU zu verhandeln. Unternehmen warten ab, was dabei herauskommt. Die negativen Folgen des Brexit sind dadurch nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Wenn der Brexit dann kommt, wird das auch deutsche Unternehmen treffen, die in Großbritannien aktiv sind.

Die Bankenbranche ist vom Brexit im besonderen Maße betroffen. Glauben Sie, dass nun viele Institute von London zum Beispiel nach Deutschland umziehen werden?

Das ist keine Entscheidung, die man von heute auf morgen trifft. Gerade die amerikanischen Investmentbanken dürften sich einen solchen Umzug gut überlegen. Möglicherweise werden sie auch versuchen, wieder mehr Geschäft von ihrem Heimatstandort aus zu machen. Schließlich setzen die USA unter Trump eher auf eine Deregulierung des Finanzsektors, während die Vorgaben für Banken in Europa sogar noch weiter zunehmen.

Blog

Welche Folgen hat es, wenn die Amerikaner die Regeln für Banken lockern, während die Europäer strenger werden?

Aus der Finanzkrise sollten wir doch gelernt haben, dass nur eine international abgestimmte Regulierung die Stabilität des globalen Finanzsystems gewährleisten kann. Je nachdem wie stark die Korrekturen ausfallen werden, wären dann Wettbewerbsverzerrungen vor allem zu Lasten Europas zu erwarten. Trotzdem glaube ich nicht, dass das Vorgehen der Amerikaner nun gleich dazu führen wird, dass wir auch in Europa eine Deregulierungswelle sehen werden.

Ist es denn überhaupt sinnvoll, dass die Amerikaner die Regeln für die Banken lockern?

Es kann sicherlich sinnvoll sein, die nicht immer koordinierten beziehungsweise aufeinander abgestimmten Regelungen zu überprüfen. Aber: Wertvolle Errungenschaften, insbesondere auf international vereinheitlichter Basis, sollten wir nicht einfach über Bord werfen. Die größte Sorge ist jetzt, dass das Spielcasino wiedereröffnet wird. Das darf natürlich nicht passieren. Trotzdem hat die strenge Regulierung auch Nachteile für Unternehmen und Verbraucher: zum Beispiel, indem sie die Kreditvergabe der Banken begrenzt. Das ist kontraproduktiv. Schließlich versucht die EZB mit lockeren Geldpolitik parallel die Banken dazu anzuregen, mehr Kredite zu vergeben und so die Wirtschaft zu stärken.

Mit Deregulierung und niedrigeren Steuern will Trump den Unternehmen helfen. Wird die Wirtschaft in den USA weiter wachsen?

Wir sehen in den USA zwar eine wirtschaftliche Erholung. Die hat allerdings wenig mit der Wahl von Donald Trump zu tun. Stattdessen spielt zum Beispiel die Stabilisierung beim Ölpreis eine wichtige Rolle. Dies hat zu einer Wiederbelebung der Investitionen geführt, für die gerade in den letzten Jahren das sogenannte Fracking eine große Bedeutung hatte. Auch haben die US-Konzerne im letzten Jahr ihre Lagerbestände eher abgebaut und zwar so weit, dass sie nun wieder mehr produzieren müssen. Das ist gut für die Beschäftigung und damit fürs diesjährige Wachstum.

Geht es so auch weiter?

Vorerst schon. Viele Amerikaner sind optimistisch, das zeigen die Frühindikatoren. So hat sich die Stimmung unter den Kleinunternehmen verbessert, auch das Verbrauchervertrauen ist gestiegen. Für dieses Jahr sehen wir deshalb ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent in den USA. Aber auch das liegt kaum an Trump. Selbst wenn er die Steuern senken und mehr in Infrastruktur investieren will, sind das doch Vorhaben die Zeit brauchen. Dazu kommt, dass Trump auch protektionistische Maßnahmen wie Zölle angekündigt hat. Die wiederum würden das Wachstum eher schwächen.

Blog

Trotzdem feiern die Märkte Trump, die Aktienkurse steigen seit seiner Wahl. Warum?

Das liegt wohl daran, dass seine protektionistischen Maßnahmen bisher wenig greifbar sind. Er hat viel angedroht, aber es ist völlig unklar, was er tatsächlich realisiert. Mal war von einem Zoll von 45 Prozent die Rede, dann nur von 25 Prozent. Mal hieß es, Trump nimmt bestimmte Länder wie China und Mexiko ins Visier, dann wiederum nur einzelne Güter. Das ist bislang noch ein sehr diffuses Bild. Das lässt sich sehr viel schwerer einordnen als geplante Steuersenkungen, die Deregulierung und mehr Ausgaben für die Infrastruktur. Bei Letzterem weiß man dagegen, dass das den Unternehmen zugutekommen und die Wirtschaft stärken würde. Wenn Trumps protektionistische Pläne jedoch konkreter werden, muss man damit rechnen, dass Märkte darauf reagieren und die Kurse wieder nachgeben.

Das Gespräch führte Carla Neuhaus.